

Gemeinsame Pressemitteilung 017-2021

16. September 2021

Inklusion ja - aber

Betroffene und Fachverbände diskutieren mit Bundestagskandidierenden auf dem Marktplatz

Zum politischen Sommergespräch „Spaltung durch Inklusion?“ auf dem Ulmer Marktplatz luden der PARITÄTISCHE Landes- und Kreisverband Ulm/Alb Donau, der RehaVerein Ulm und die Lebenshilfe Donau-Iller ein. Politische Vertretungen und Bundestagskandidierende von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke positionierten sich mit ihren politischen Inhalten für eine inklusive Gesellschaft. Dabei spielten persönliche Lebenserfahrungen in die Diskussion mit hinein. Alle waren Befürworter*innen von Inklusion und einer toleranteren Gesellschaft. Ein frühes gemeinsames Aufwachsen bereits in Kindergarten und Schule sei der Grundstein für gelingende Inklusion. „Anders sein“ müsse selbstverständlich sein, damit Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung gleichberechtigte Chancen auch auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt haben. Rund 80 Teilnehmende folgten der spannenden und durchaus emotionalen Diskussion. Die Veranstaltung wurde von der Aktion Mensch gefördert.

„Inklusion gehört zu den wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Aufgaben und stellt eine Herausforderung für uns alle dar“, erklärt Michael Tränkle, der den Bereich Menschen mit Behinderung beim PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg leitet. Er saß gemeinsam mit Lydia Peter, Gesamtwerkstattdirektorin bei der Lebenshilfe Donau-Iller ebenfalls auf dem Podium. Beide brachten den Input aus der Praxis mit, ergänzt durch Fragen aus dem Publikum und von Klienten des RehaVereins.

Neben dem Blick in die Zukunft, bewegte die Diskussionsrunde beim Sommergespräch auch ganz konkrete Themen, wie den Nutzen der Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die keine Menschen mit Schwerbehindertenstatus beschäftigen. Werkstätten sind Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderung, die zwar Beschäftigung bieten, aber auch abgrenzen. Dass sie nicht die beste Lösung sind, ist allen klar, aber als Schutzraum erscheinen sie heute dennoch unverzichtbar. Wolfgang Kienle schaut durch die kommunalpolitische Brille: Der Fraktionsvorsitzender der CDU in Ulm kennt Zielkonflikte, wenn es um den Abbau konkreter Barrieren geht. Er war in Vertretung der Bundestagsabgeordneten Ronja Kemmer auf dem Podium dabei. Auch das schwierige Thema Pränatal Diagnostik als Kassenleistung bringt Dana Hoffmann zur Sprache und fragt das Votum der Kandidaten ab. Für die Neu-Ulmer Kandidatin Anke Hillmann-Richter von der FDP eine ethische Frage und daher eine Gewissenssache und keine parteipolitische.

Im Zentrum stand das Bundesteilhabegesetz und seine aktuelle Ausgestaltung. Marc Emmerich (Grüne) und Jan Rothenbacher (SPD) sehen konkreten Nachbesserungsbedarf in der Umsetzung. Assistenzleistungen, die Menschen mit Behinderung dazu verhelfen ihren Lebensalltag individuell zu gestalten, finden bisher nicht wie im BTHG vorgesehen statt. „Jeder soll die Assistenz bekommen, dort wo er sie braucht“, fordert David Rizzotto von der Partei Die Linke. Ein Knackpunkt, auf den auch Lydia Peter, Werkstattdirektorin bei der Lebenshilfe eingeht, sind die fehlenden Fachkräfte, die die Assistenz leisten können. „Diese Arbeit sollte besser bezahlt sein.“

Wenn die Bereitschaft zur Inklusion in der Kindheit und Jugend wurzelt, dann gibt es noch viel zu tun. Denn das Bundesteilhabegesetz bewirkt in diesem Bereich noch zu wenig, wie Michael Tränkle hervorhebt. Er sieht den Systemwechsel, den das BTHG fordert, noch nicht vollzogen. An vielen Stellen werde gebremst, aber „der Verhandlungsaufwand darf kein Stoppschild sein.“

Das fordern die Fachverbände:

„Inklusion gehört zu den wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Aufgaben und stellt eine Herausforderung für uns alle dar. Es geht dabei um ein tolerantes, offenes Zusammenleben aller Menschen, unabhängig von Herkunft, Handicaps oder anderen Voraussetzungen“, betont Michael Tränkle, Leitung Bereich Menschen mit Behinderung beim PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg. Jeder einzelne könne etwas dazu beitragen, dass dies gelinge. „Es ist auch eine Frage der Haltung, wieviel jeder einzelne bereit ist, für eine inklusive Gesellschaft und mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu tun. Als Sozialverband sind wir auf verschiedenen Ebenen aktiv, um die Weiterentwicklung des inklusiven Prozesses im Land zu unterstützen.“

„Wir wünschen uns, dass unsere Gesellschaft aufhört, die Norm immer enger und die Leistungserwartung immer höher zu stecken. Schubladendenken grenzt aus. Toleranz ist der Weg zur Inklusion. Dafür brauchen wir mehr Begegnung und den Willen der Politik die richtigen Rahmenbedingungen zu stecken – vom Kindergarten bis zum Arbeitsleben“, sagt Dr. Jürgen Heinz, Vorstandsvorsitzender der Lebenshilfe Donau-Iller.

*„Wir wollen uns als Regionalverbund Alb-Donau-Riß dafür einsetzen, die guten Ansätze der Inklusion in der Region noch stärker voranzutreiben. Dazu gehört der weitere Ausbau des barrierefreien ÖPNV. Hiervon profitieren nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch Senior*innen oder Familien mit Kinderwagen“, erklärt Dr. Oliver Riegg, Leiter vom PARITÄTISCHEN Regionalverbund Alb-Donau-Riß. Zugleich Sorge eine Stärkung des ÖPNV zu einer Entlastung des Verkehrsaufkommens und sei ein entscheidender Schritt in Richtung nachhaltige Mobilität und Klimaneutralität.“*

*Monika Balint, Geschäftsführende Vorständin des RehaVereins für soziale Psychiatrie Donau-Alb e.V. „Eine inklusive Gesellschaft ist geprägt von Toleranz, Wertschätzung und Rücksichtnahme. Sie bewertet Menschen nicht nach ihrer Funktionalität oder ihrer Leistungsfähigkeit, sondern achtet die Vielfalt und Unterschiedlichkeit jedes*jeder Einzelnen. Es ist eine politische Aufgabe, die Voraussetzungen für diese Haltung zu schaffen, aber eine gesamtgesellschaftliche und individuelle Aufgabe diese Haltung umzusetzen. Der RehaVerein setzt sich bereits seit 40 Jahren gegen Stigmatisierung und Ausgrenzung von Menschen mit einer psychischen Erkrankung ein. Unsere Angebote sind ins Gemeinwesen integriert, um das größtmögliche Maß an Teilhabe für diese Menschen zu ermöglichen.“*

Kontakt

Lebenshilfe Donau-Iller e.V.
Sonja Ruprecht
Leitung Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising

Finninger Straße 33
89231 Neu-Ulm

0731 / 922 68-115
0731 / 922 68-199

s.ruprecht@lhdi.de

www.lebenshilfe-donau-iller.de